

Einbringung Haushaltsplan 2015

Sitzung Stadtrat 13. November 2014

Rede des Oberbürgermeisters und Stadtkämmerers
der Stadt Koblenz

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig



KOBLENZ
VERBINDET.

Gliederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte meine Rede heute wie folgt gliedern:

1. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen unseres Haushaltes
2. Die Eckdaten des konsumtiven Haushaltes 2015
3. Die Eckdaten des Investitionshaushaltes 2015
4. Haushaltskonsolidierung als Zukunftsaufgabe

I. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen unseres Haushaltes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir uns heute den Haushalt für das Jahr 2015 und unsere mittelfristige Finanzplanung ansehen, müssen wir feststellen, dass sich der Haushalt nicht so entwickelt, wie wir uns das vorgenommen haben. Stand heute werden wir unser gestecktes **Ziel, ab dem Jahr 2016 keine neuen zusätzlichen Schulden mehr zu machen, möglicherweise nicht erreichen.**

Das liegt aber nicht an uns oder daran, dass wir in Sachen Haushaltskonsolidierung nicht genug getan haben. Im Gegenteil! Wir haben in den letzten Jahren – auch im Vergleich zu anderen Städten – erhebliche Anstrengungen unternommen, unsere Ausgaben zu senken und unsere Einnahmen zu erhöhen. Da ist uns Vorzeigbares gelungen!

Wenn wir in den kommenden Jahren trotzdem wieder neue Schulden aufnehmen müssen, liegt das an externen **Faktoren, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können.** Zwei Etatblöcke sind dabei hauptverantwortlich: Die kontinuierlich steigenden **Kosten für Sozialleistungen** und die im Vergleich zu 2013 geringeren Einnahmen aus der **Gewerbsteuer.** Beide verursachen ein enormes Defizit.

Um das zu erklären, möchte ich noch einmal grundsätzlich erläutern, weshalb es in unserem Haushalt so große Kostenblöcke gibt, die wir fast gar nicht steuern können. Danach stelle ich Ihnen die Eckdaten und Zahlen für unseren Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung vor. Dabei lässt sich gut zeigen, wie erfolgreich wir bisher jene Haushaltsbereiche konsolidiert haben, die wir entsprechend steuern können.

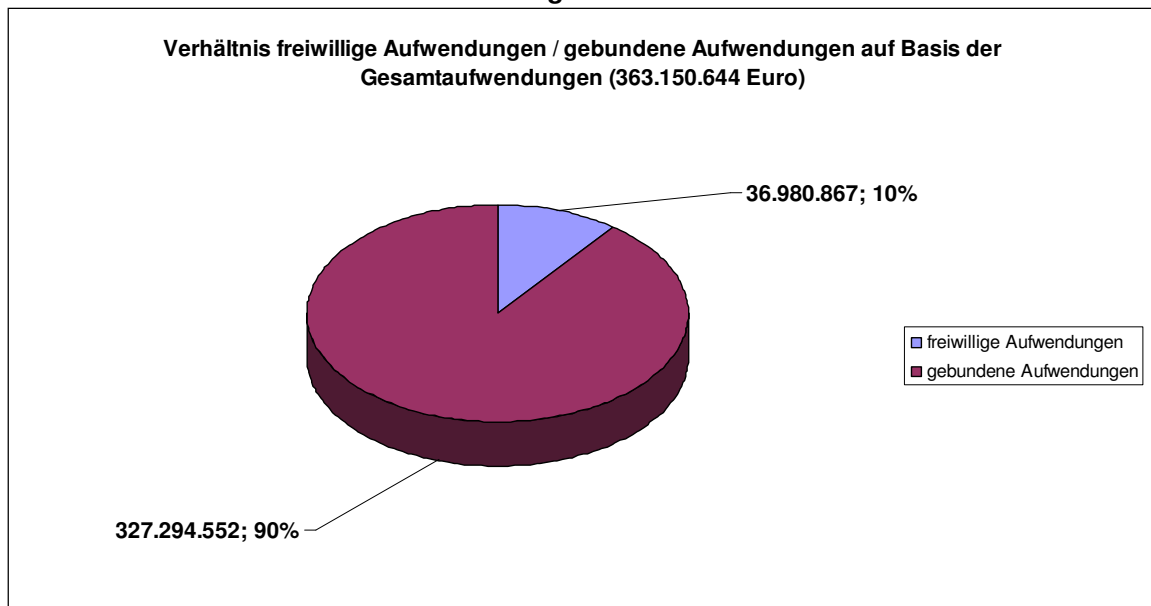
Wie Sie wissen, gibt es in den kommunalen Haushalten Bereiche, die die Kommunen direkt beeinflussen können. Es gibt aber auch sehr viele Bereiche, auf die wir kaum oder gar keinen Einfluss haben. Das gilt gleichermaßen für unsere Ausgaben wie für Teile unserer Einnahmen.

Auf der Ausgabenseite müssen wir **gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben** erfüllen und bestimmte Leistungen finanzieren. Dazu zählen etwa Sozialleistungen wie die Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die Hilfen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder unsere Feuerwehr, die für den Brand- und Katastrophenschutz zuständig ist. Diese Ausgaben können wir kaum beeinflussen, weil sie vom Landes- oder vom Bundesgesetzgeber vorgegeben werden. Wir können nur unsere eigenen Arbeitsprozesse so effizient wie möglich gestalten oder darauf achten, dass wir im Einzelfall auch wirklich nur jene Leistungen erbringen, die gesetzlich verlangt werden.

Selbst bestimmen, können wir hingegen nur die **freiwilligen Ausgaben** einer Kommune, z.B. die Zuschüsse an Verbände, Einrichtungen und Vereine oder die Ausgaben unserer eigenen Einrichtungen z.B. im Kulturbereich oder für unsere Schwimmbäder.

Wenn wir uns aber das Verhältnis unserer gebundenen und unserer freiwilligen Aufwendungen im konsumtiven Haushalt anschauen, wird schnell klar, wie wenig Spielraum wir eigentlich haben.

Diagramm 1



Nur 10 Prozent unserer Ausgaben leisten wir im Sinne der Definition der Kommunalaufsicht freiwillig. Nur 10 Prozent können wir unmittelbar steuern.

Auch auf der Einnahmeseite können wir zwischen Einnahmen unterscheiden, die wir selbst in der Hand haben und Einnahmen, die wir nur in beschränktem Maße beeinflussen können. Das zeigt sich z.B. bei den **Steuern und Gebühren**: Wir können einen Teil von Ihnen erhöhen oder senken, aber wie hoch dann unsere Einnahmen wirklich sind, hängt noch von vielen anderen Faktoren ab. Die Wirtschaftsentwicklung ist hier entscheidend oder das Verbraucherverhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt aber auch **Einnahmen**, die wir gar nicht bestimmen können. Dazu gehören z.B. alle finanziellen Mittel, die uns der **Bund und das Land** zur Verfügung stellen. Wie sehr uns beide z.B. bei den ständig wachsenden aber vorgeschriebenen Sozialleistungen unterstützen, liegt ganz allein in deren Hände. Hier können wir nur appellieren – aber selbst durchsetzen können wir nichts.

Das zeigt, wie sehr wir in unserer Haushaltsführung reglementiert sind. Deshalb haben alle großen Städte in Rheinland-Pfalz enorme Haushaltsprobleme. Die Situation ist in den meisten anderen Städten in Rheinland-Pfalz aber noch dramatischer als bei uns.

Wenn wir uns die Zahlen gleich genauer ansehen, wird aber ganz deutlich, dass wir in allen Haushaltsbereichen, die wir vollständig oder auch nur im beschränkten Maße beeinflussen können, in den letzten Jahren sehr gut gewirtschaftet haben. Mehr noch: Überall dort, wo wir konnten, haben wir **auf der Ausgabenseite gespart** und

auf der anderen Seite unsere **Einnahmemöglichkeiten Schritt für Schritt verbessert.**

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht: **Die Haushaltsbereiche, die wir direkt steuern und beeinflussen können, haben wir in den letzten Jahren erfolgreich konsolidiert.** Das lässt sich gut darstellen und das werde ich gleich tun. Ich möchte mich aber schon an dieser Stelle bei Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates, beim Kollegium des Stadtvorstandes und bei all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für die engagierte Konsolidierungsbereitschaft in den letzten Jahren bedanken!

Und auch wenn sich die aktuellen Haushaltszahlen heute schlechter darstellen als noch vor Jahresfrist erhofft, so ist es doch ganz wichtig zu betonen, dass diese **Anstrengungen nicht umsonst** waren. Denn hätten wir seit meinem Amtsantritt nicht in diesem Maße gespart, sähe der Haushalt heute ganz anders aus. Unsere **Gesamtschulden wären deutlich höher** und wir müssten jedes Jahr viel mehr Zinsen zahlen.

Vor allem wäre unsere Haushaltsperspektive aber deutlich schlechter! Denn wir wollen und dürfen unser Ziel nicht aufgeben, für die Stadt einen zukunftsfähigen Haushalt zu entwickeln. Wir werden deshalb unseren **Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weitergehen.** Denn nur ein zukunftsfähiger Haushalt wird es uns auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten möglich machen, weiter zu investieren und all die Angebote, die unsere Stadt so attraktiv machen, aufrecht zu erhalten.

Dabei ist für uns völlig klar: Wir werden weiter **mit Bedacht sparen** und nicht in Panik verfallen. Die Lösung kann nicht heißen, alle Investitionen der kommenden Jahre zu stoppen und rigide die freiwilligen Leistungen einzustampfen. Wir müssen die Infrastruktur unserer Stadt erhalten, die vielen Angebote im sozialen Bereich, im Sport und in der Kultur aufrechterhalten, weiterhin unsere wirtschaftlichen Stärken fördern und die Lebensqualität in unserer Stadt sichern.

Würden wir den Haushalt sanieren, aber die Attraktivität unserer Stadt gefährden, dann hätten wir uns einen Bärenienst erwiesen. Die eigentliche Aufgabe heißt, **die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern.**

Dabei ist die Haushaltskonsolidierung eine wichtige Säule. Wenn wir sie aber dogmatisch überhöhen, dann will niemand mehr in dieser Stadt leben oder wirtschaften. Deshalb ist enormes Fingerspitzengefühl gefordert.

Diese Gratwanderung ist uns – dem Stadtrat, dem Stadtvorstand und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den letzten Jahren gut gelungen. Denn nur so entwickeln wir auch eine nachhaltige Perspektive für alle Koblenzerinnen und Koblenzer. **Haushaltskonsolidierung ja – aber immer Bedacht!**

II. Konsumtiver Haushalt 2015

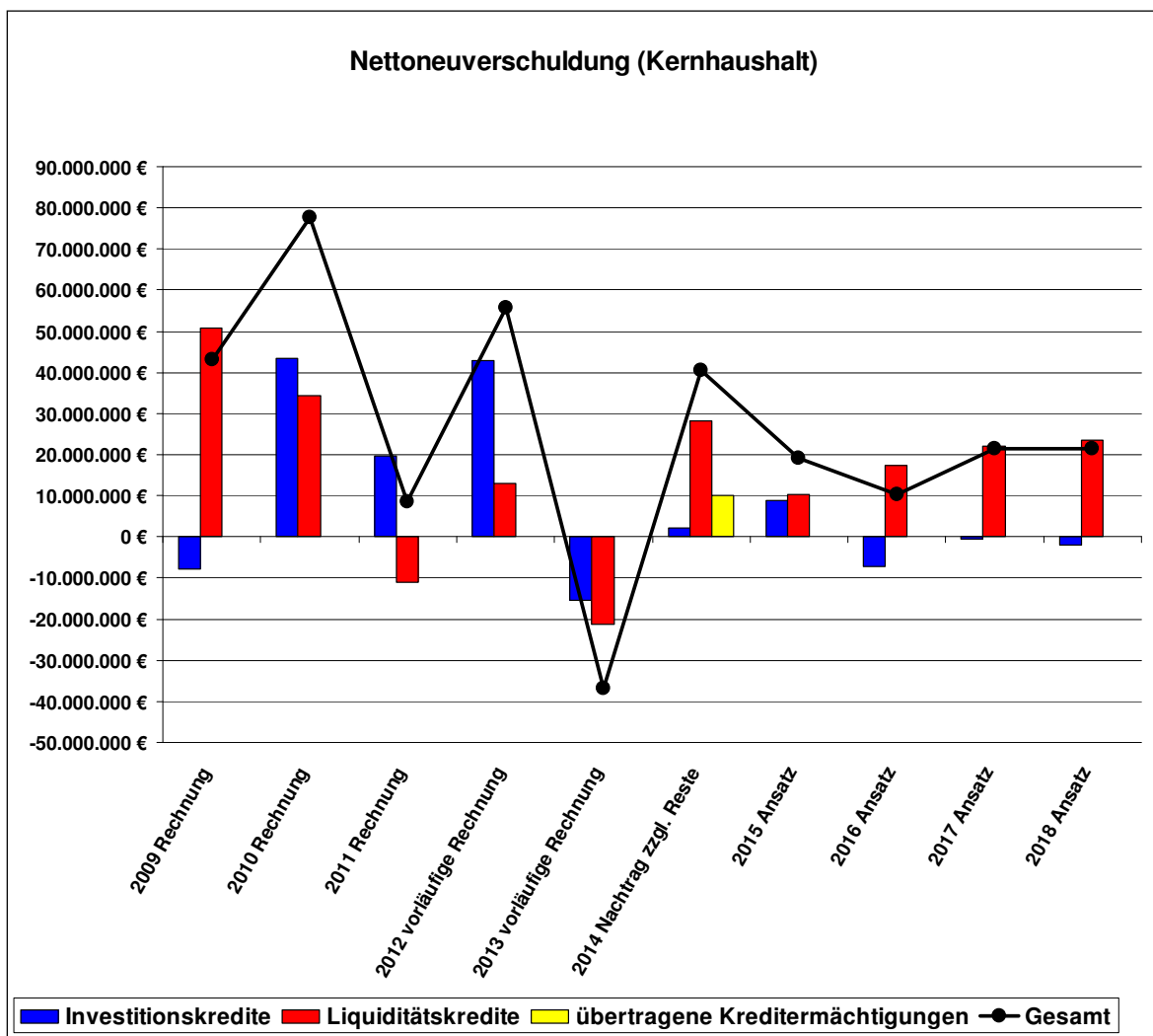
Kommen wir nun zum Haushalt 2015. Zunächst zum konsumtiven Teil:

Ich zeige Ihnen zuerst die nackten Zahlen. Danach mache ich die Hauptgründe für die Entwicklung deutlich und zeige, dass wir überall dort, wo wir Handlungsspielräume haben, auch aktiv geworden sind. Denn wie ich eben schon gesagt habe: Dort wo wir steuern können, haben wir unsere Ausgaben kräftig gesenkt und in den vergangenen Jahren auch unsere Einnahmen erhöht. Das macht sich im Haushalt bemerkbar.

Wenn wir uns die aktuellen Zahlen anschauen, sind diese aber erst einmal ernüchternd, da gibt es nicht zu beschönigen:

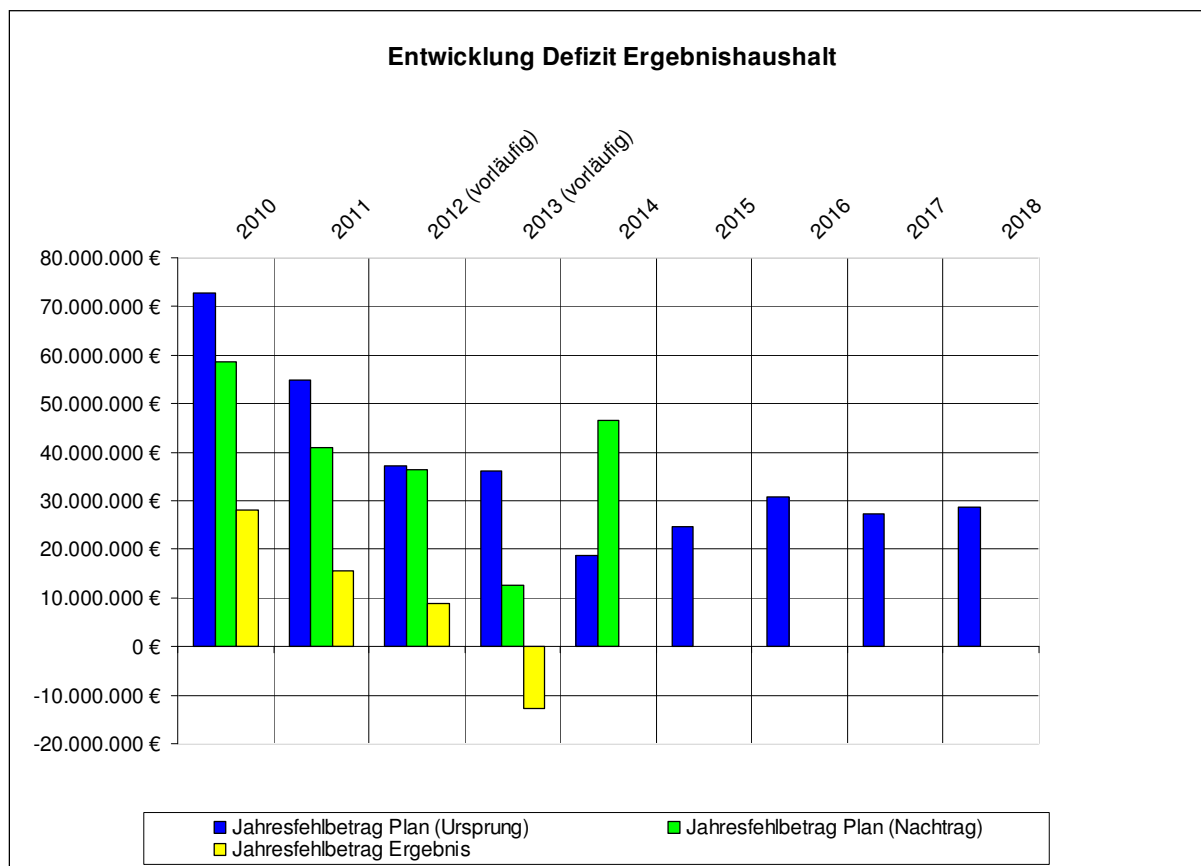
Wir planen im Jahr 2015 mit einer **Nettoneuverschuldung** im Finanzhaushalt von 19,3 Mio. €. 2016 können wir unsere Neuverschuldung zwar annähernd halbieren, bis zum Jahr 2018 wird sie sich aber wieder auf 21,8 Mio. € erhöhen.

Diagramm 2



Eine ähnliche Entwicklung erkennen wir auch im **Ergebnishaushalt**. Hier planen wir für das Jahr 2015 mit einem Defizit von 24,7 Mio. €. Wir konnten das Defizit zwar seit 2010 um über 60 Prozent verringern. Es wird sich in den kommenden Jahren aber auf einen Wert von knapp unter 30 Mio. € einpendeln – jedenfalls aus heutiger Sicht.

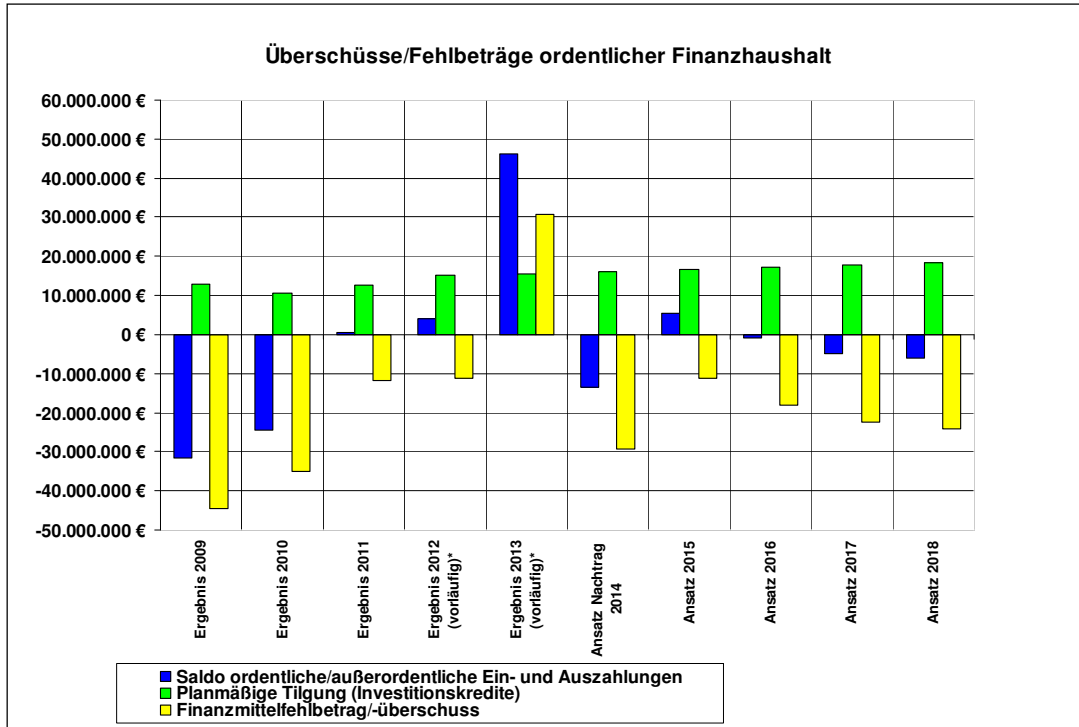
Diagramm 3



Wie Sie wissen, bildet der Ergebnishaushalt den vollständigen Ressourcenverbrauch ab und zeigt auch die Abschreibungen und Rückstellungen für drohende Verluste. Diese Größen stellen zwar buchhalterisch einen Aufwand dar, werden aber nicht kassenwirksam. Den Ergebnishaushalt hat die ADD insbesondere im Blick, wenn es um den ausgeglichenen Haushalt geht.

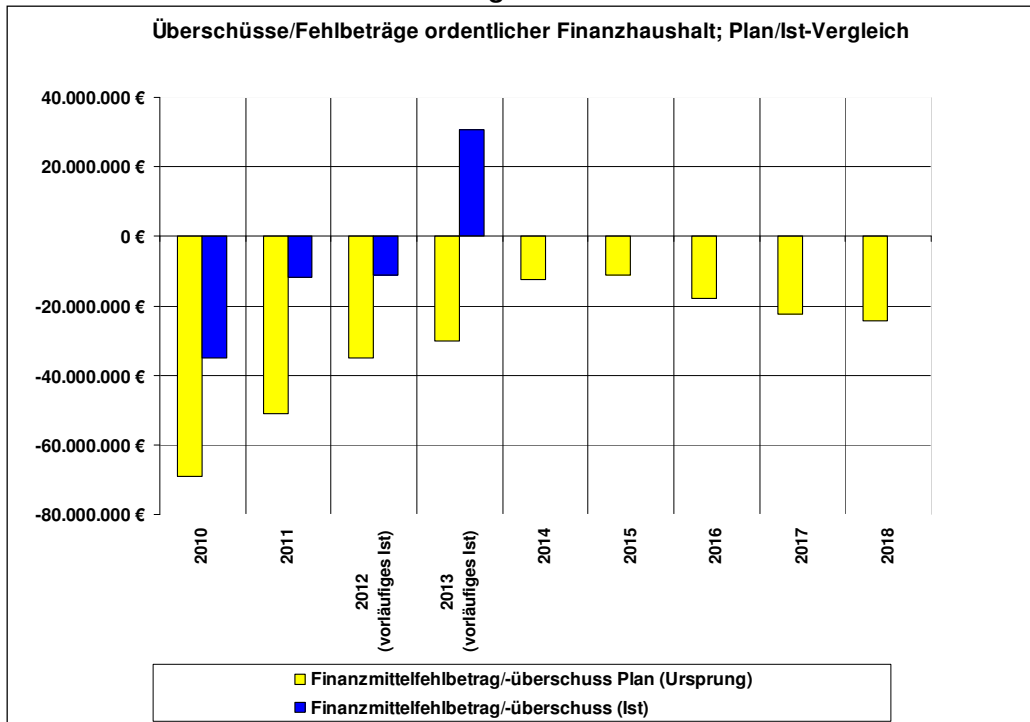
Im **Finanzhaushalt** sehen wir dagegen nur die kassenwirksamen Beträge, insbesondere die jährlichen ordentlichen Ein- und Auszahlungen unserer Verwaltungstätigkeit. Und die sind erfreulich! Hier zeigt sich, dass sich unsere Anstrengungen der letzten Jahre auszahlen. Seit 2009 konnten wir unseren Saldo verbessern. Für 2015 erwarten wir sogar ein Plus. Das heißt, wir müssen im nächsten Jahr für unsere reine Verwaltungstätigkeit keine neuen Kredite aufnehmen. Und das, obwohl unsere Kosten für Sozialleistungen gestiegen und unsere Steuereinnahmen signifikant gesunken sind. Nur um unsere Altschulden zu begleichen, müssen wir uns neu verschulden.

Diagramm 4



Für die Jahre ab 2016 wird es wieder schwerer ein solches Ergebnis zu erzielen – aber wir lassen in unseren Bemühungen nicht nach. Es ist auch zu schaffen, denn wir waren seit 2010 am Ende eines Jahres immer besser als zuvor geplant. Das zeigt die nächste Grafik ganz gut. Und sie zeigt auch, dass wir **im Haushaltsvollzug immer sorgsam mit unseren Finanzen umgehen** und versuchen zu sparen, wo es möglich ist.

Diagramm 5



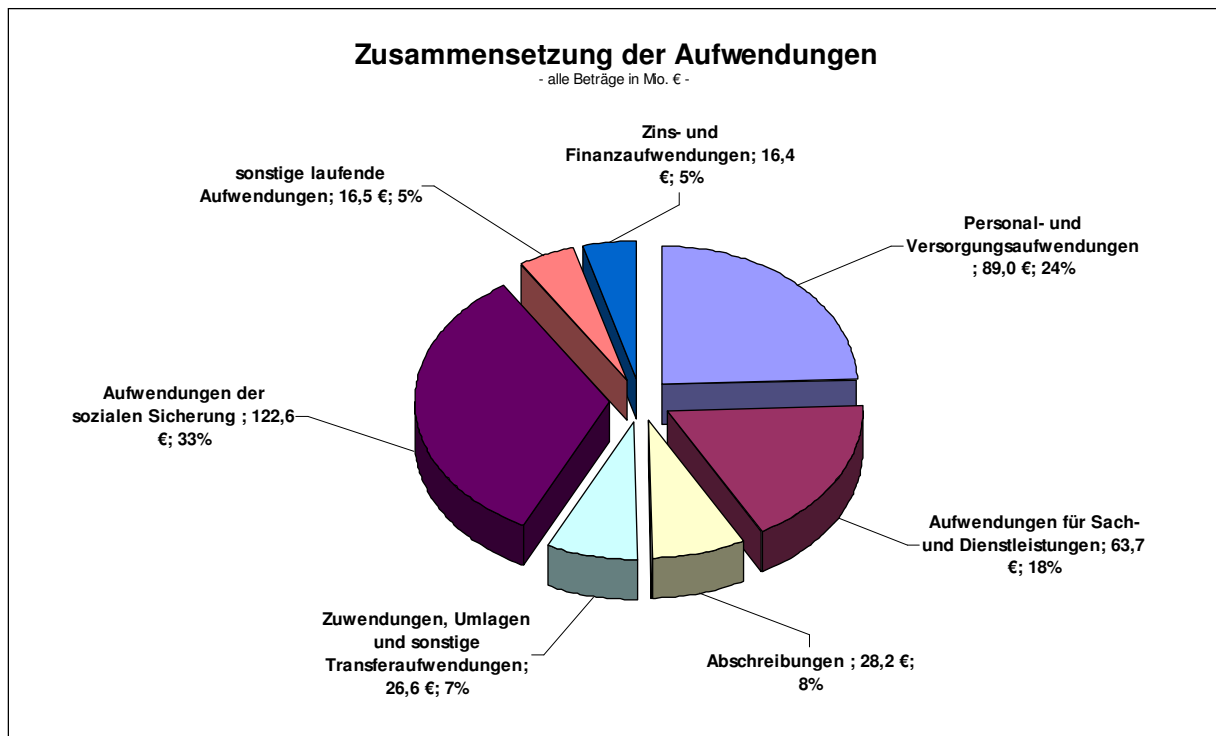
Ich möchte Ihnen jetzt die Gründe für die dargestellte Haushaltsentwicklung erläutern und dabei auch deutlich machen, was wir mit unseren Konsolidierungsanstrengungen bisher erreicht haben.

Am einfachsten ist das, wenn wir unsere Aufwendungen und Erträge getrennt voneinander betrachten.

a) Unsere Aufwendungen

Über 360 Mio. Euro wenden wir im Jahre 2015 auf. In der Grafik wird die Aufteilung deutlich.

Diagramm 6



Der größte Block zeigt die **Aufwendungen der sozialen Sicherung**. Über 122 Mio. € werden wir im nächsten Jahr dafür ausgeben. Das ist gut ein Drittel unserer gesamten Ausgaben im konsumtiven Haushalt. Wenn wir auch noch unsere Personal- und Sachkosten aus diesem Bereich hinzuaddieren, die in der Grafik gesondert dargestellt werden, wenden wir für diesen Bereich noch einmal fast 20 Mio. € mehr auf.

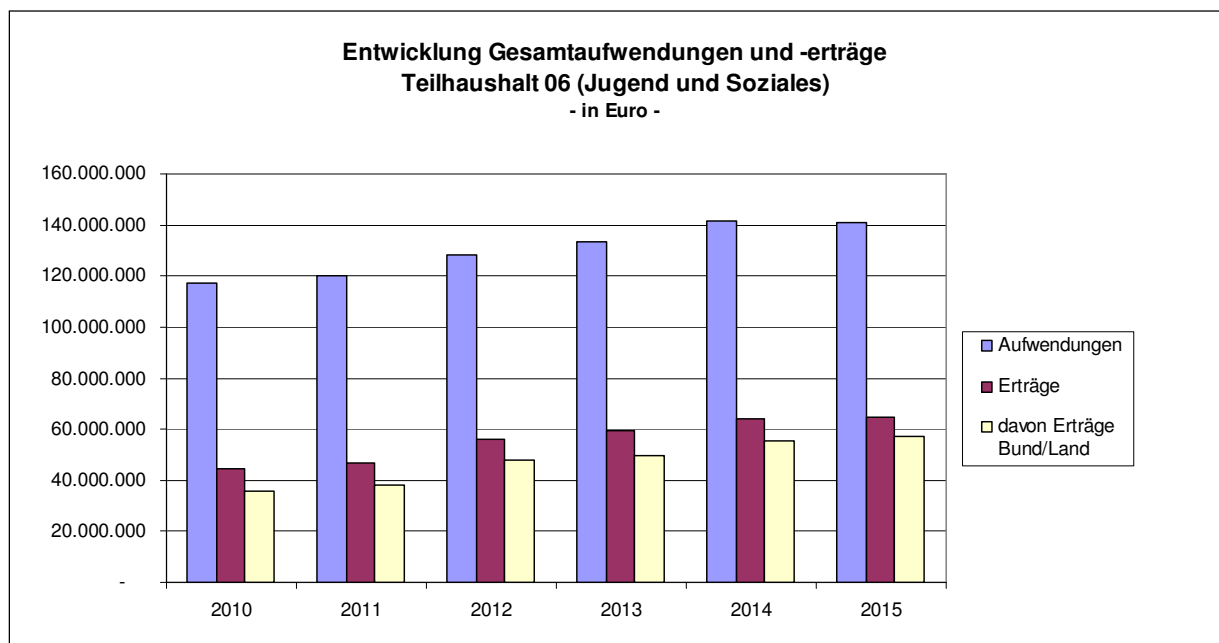
An diesem großen Etat möchte ich einmal verdeutlichen, wie viele finanzielle Mittel eine Kommune stemmen muss, ohne dass sie selbst darauf irgendeinen Einfluss hat.

Dabei ist mir ganz wichtig, nicht diejenigen dafür verantwortlich zu machen, die diese Leistungen beziehen. Sie haben Anspruch darauf und das zu Recht. Denn wir leben

in einem **Sozialstaat**, wo starke Schultern mehr tragen als Schwache und wo all diejenigen Hilfe erhalten, die diese Hilfe auch benötigen.

Ich möchte aber deutlich machen, dass diese Leistungen von Bund und Land vorgeschrieben werden und wir nichts anderes machen können, als sie zu finanzieren. Und diese **Kosten sind kontinuierlich gestiegen**. Im Jahr 2010 haben wir noch 117,3 Mio. € aufgewendet – **2015 sind es bereits über 141 Mio. €**, inklusive der eben genannten Personal- und Sachkosten.

Diagramm 7

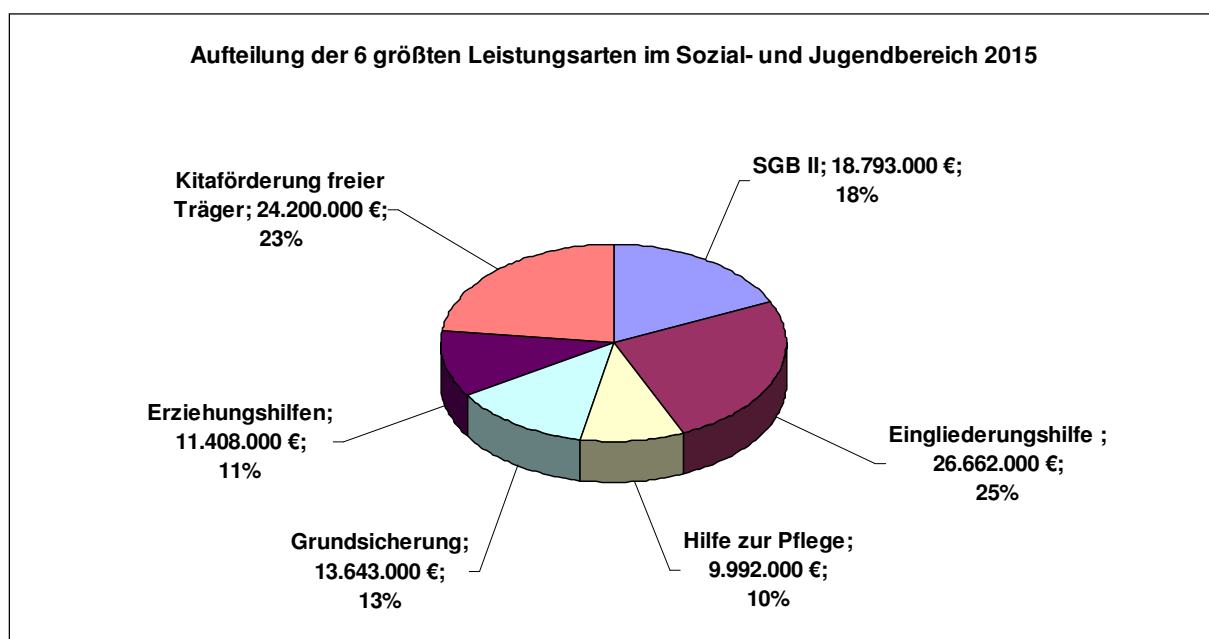


Bund und Land beteiligen sich zwar an den Kosten. Sie tun dies unserer Meinung nach aber viel zu wenig. Ziehen wir alle Erträge ab, so muss die Stadt Koblenz im nächsten Jahr über 76 Mio. € alleine schultern – das ist **mehr als die Hälfte der Gesamtkosten für Jugend und Soziales**. Und es sind **über 3,4 Mio. € mehr als noch vor vier Jahren**.

Schon das zeigt deutlich, in **welcher Höhe die Kommunen für Leistungen aufkommen müssen, die sie nicht selbst verantworten**. Denn welche Leistungen in welchem Fall zu erbringen sind, entscheiden allein der Bund und das Land. Wir führen nur aus und tragen mehr als die Hälfte aller Kosten.

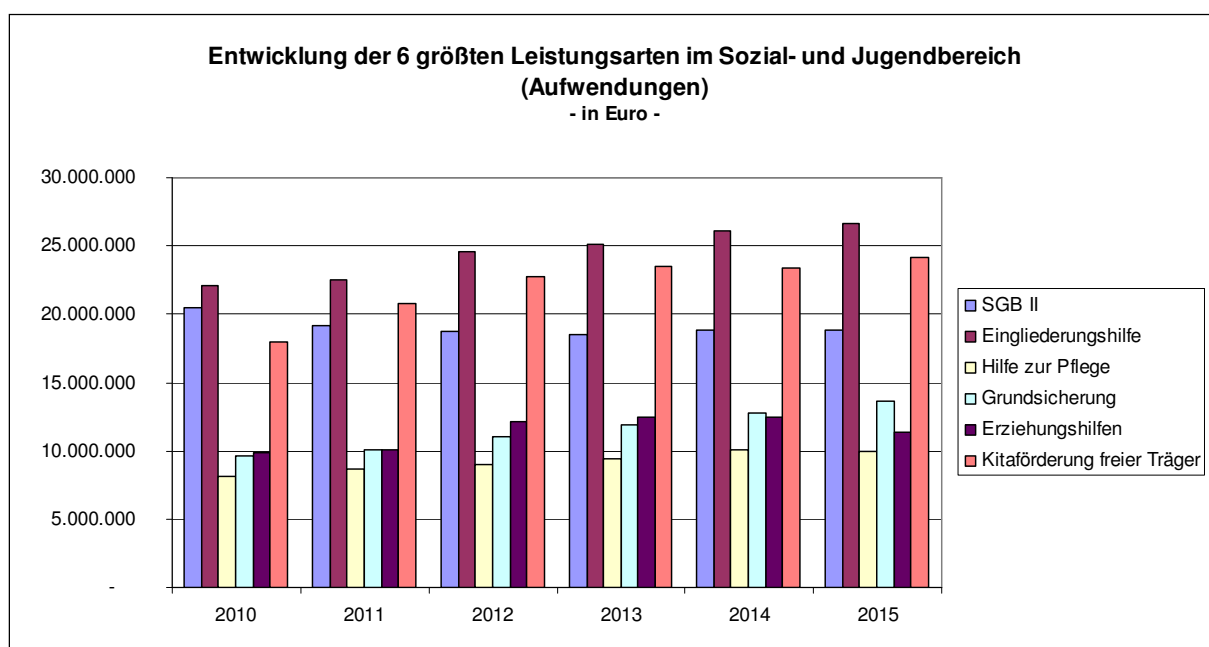
Damit wir wissen, über welche sozialen Leistungen wir eigentlich sprechen, zeigt die folgende Grafik die sechs größten Leistungsarten im Sozial- und Jugendbereich: die Kitaförderung, die Leistungen zum Arbeitslosengeld II, die Eingliederungshilfen, die Hilfen zur Pflege, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Erziehungshilfen.

Diagramm 8



Außer den Aufwendungen zum SGB II sind alle **Aufwendungen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen:**

Diagramm 9



z.B. die Hilfe zur Pflege um 12,3 Prozent, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um 18,5 Prozent, oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 35,4 Prozent.

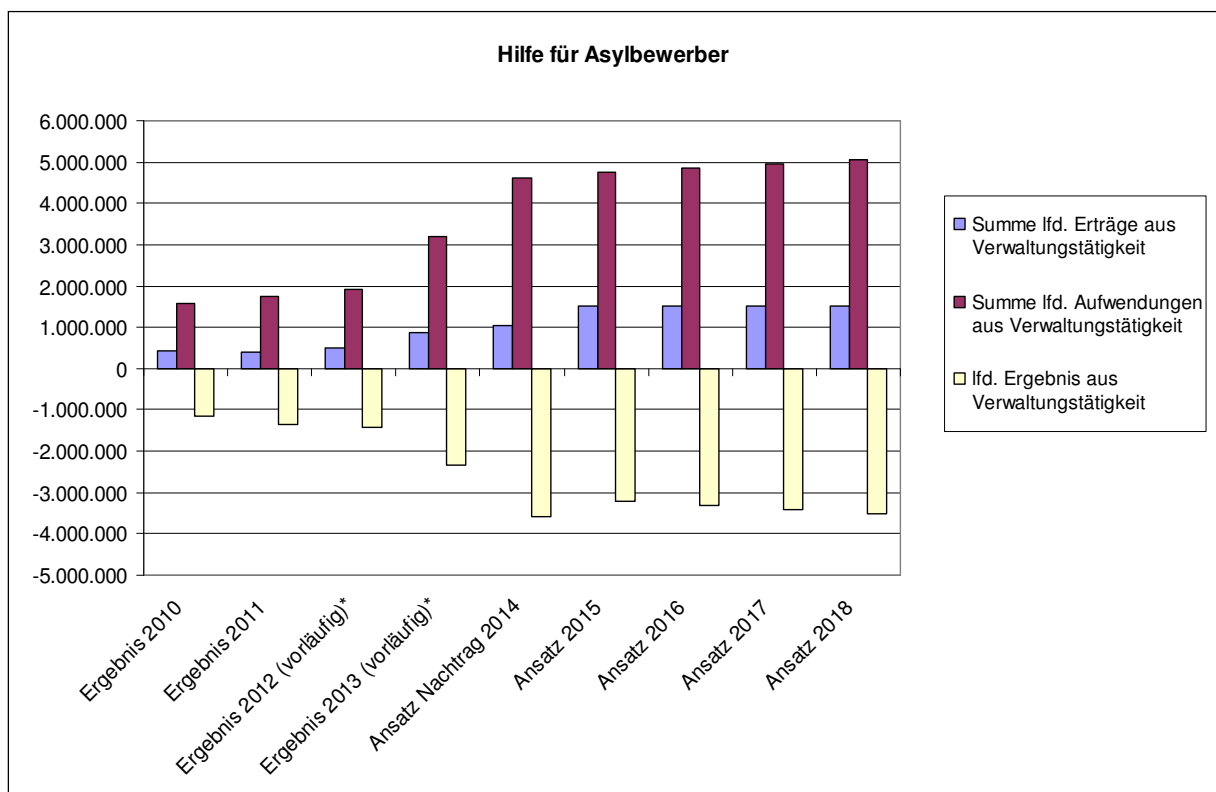
Diese Steigerungen sind im Wesentlichen auf Leistungsverbesserungen wie z. B. Regelsatzerhöhungen, Erhöhungen von Mieten und Nebenkosten und auf einen Anstieg der Fallzahlen insbesondere im Bereich der Grundsicherung zurückzuführen.

Das hat der **Bund** auch erkannt und stellt den Kommunen seit diesem Jahr für den Bereich der **Grundsicherung eine komplette Erstattung ihrer Aufwendungen** zur Verfügung. Sonst wäre die Kostensteigerung für uns seit 2010 noch viel größer. Für den Bereich der Eingliederungshilfe hat der Bund eine stärkere finanzielle Entlastung der Kommunen ab dem Jahr 2015 in Aussicht gestellt. Um nicht missverstanden zu werden: Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir halten es aber für erforderlich, dass **Bund und Land sich auch in den anderen Kernbereichen stärker engagieren**.

Das gilt z.B. für die **Aufwendungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber**. Auch hier betone ich ganz klar: Wir helfen gerne **und wollen asylsuchenden Menschen in unserer Stadt Schutz gewähren** und eine menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung gewährleisten. Ich sehe das als unsere Pflicht an – aus humanitären Gründen und aufgrund unserer historischen Verantwortung.

Die Kosten dafür steigen aber sehr stark an. 2010 mussten wir dafür noch 1,2 Mio. € ausgeben. 2015 werden es bereits über 3,2 Mio. € sein. Die **Kosten**, die die Stadt alleine schultern muss, haben sich den letzten vier Jahren **fast verdreifacht**.

Diagramm 10



Durch die weltweiten Krisenherde, insbesondere in Syrien und Irak rechnen wir weiter mit steigenden Fallzahlen und Aufwendungen. Deshalb kann ich mich der

Forderung des Deutschen Städtetages nur anschließen, dass wir ein Sofortprogramm von Bund und Ländern mit rasch wirksamen Maßnahmen brauchen, um die Asylbewerberinnen und Asylbewerber angemessen zu versorgen. Es ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe!**

Meine Ludwigshafener Kollegin, Frau Dr. Eva Lohse, hat dies als Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages vergangene Woche in der Mitgliederversammlung des Städtetages Rheinland-Pfalz überzeugend begründet. Hier sind sich die Kommunen einig – über alle Parteigrenzen hinweg! Der **Bund muss sich stärker engagieren!**

Ein weiteres Beispiel ist der wichtige Bereich der **Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten**. Seit August 2013 gilt der bundesrechtliche Anspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege schon für Kinder ab dem 1. Lebensjahr. Das hat der Bund so beschlossen und die Kommunen müssen dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch eingelöst werden kann. Sie tragen beim Kitausbau **bei den Investitionen und den Personalkosten den Großteil der Lasten** und sind hierbei aktuell auch gezwungen, Landeszuschüsse für einen unbestimmten Zeitraum vorzufinanzieren.

In Koblenz haben wir 39 **Investitionsmaßnahmen** mit einem Kostenvolumen von 19,6 Mio. € umgesetzt und auf diese Weise fast **700 neue Kita-Plätze** geschaffen. Die Stadt Koblenz trägt an den Investitionskosten einen Anteil von 12 Mio. €. Bundes- und Landesförderung umfassen 5,6 Mio. €. Die Sanierungsanteile der freien Träger betragen 2 Mio. €.

Im konsumtiven Bereich sind die **steigenden Personalkosten** in den zusätzlich geschaffenen Gruppen zu nennen. Allein in den städtischen Neu- und Erweiterungsbauten mussten insgesamt 20 neue Stellen geschaffen werden. Die Kommune trägt durchschnittlich 55 Prozent der Personalkosten, dies macht einen Aufwand von rund 500.000 € jährlich aus. Es ist daher ein berechtigtes Anliegen, dass die aktuell zugesagten zusätzlichen Bundesmittel für die Investitionen und den Betrieb der Kindertagesstätten vollumfänglich den Kommunen zugutekommen. Hinzu kommt, dass die Jugendämter keine Anpassungen der Elternbeiträge mehr vornehmen können. Der vom Stadtrat einst festgesetzte Zielwert von 15 Prozent der Personalkosten ist mittlerweile auf eine Deckungsquote von 12 Prozent gesunken, rein rechnerisch eine Mindereinnahme von 511.000 €. Die kommunalen Spitzenverbände stehen deshalb auch hier in Verhandlungen mit dem Land, um die Zuweisungen im Rahmen der Elternbeiträge deutlich und spürbar nach oben anzupassen.

Ich wollte Ihnen mit diesen Zahlen exemplarisch zeigen, dass wir gerade in einem **Aufwendungsbereich, auf den wir kaum Einfluss haben, mit sehr hohen Ausgaben** rechnen müssen.

In allen Ausgabenbereichen, die wir selbst bestimmen können, haben wir in den letzten Jahren dagegen große Konsolidierungserfolge erzielt. Verantwortlich dafür waren vor allem unser **Eckwertebeschluss und unsere Haushaltstrukturstreikmission**.

Unseren **Eckwertebeschluss** haben wir seit seiner Verabschiedung im Jahre 2011 eins zu eins umgesetzt. Wir haben

- unsere Aufbau- u. Ablauforganisation verbessert,
- unsere Aufgaben einer Aufgabenkritik unterzogen,
- durch Fluktuation freiwerdende Stellen zu 50 Prozent eingespart, soweit dies mit der gesetzlichen Aufgabenerfüllung vereinbar war,
- sämtliche Einnahmemöglichkeiten überprüft und prinzipiell ausgeschöpft,
- grundsätzlich keine neuen Großprojekte vorgesehen, es sei denn, sie waren unabweisbar oder wirtschaftlich,
- den Zuschussbetrag im Bereich der freiwilligen Leistungen mit Ausnahme der Gebäudeenergie- und Personalkosten gedeckelt
- und begonnen, ein ganzheitliches Controlling zu implementieren.

Die **Haushaltsstrukturkommission** hat viele Punkte des Eckwertebeschlusses operationalisiert und sich mit zahlreichen Konsolidierungsvorschlägen beschäftigt.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei unseren aktuellen ehrenamtlichen Beratern, Dr. Josef-Peter Mertes, der auch den Vorsitz führt, Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Matthias Nester sowie beim ehemaligen Vorsitzenden Manfred Graulich bedanken! Mein Dank geht aber auch an alle, die sich engagiert beteiligt und Vorschläge eingereicht haben.

Seit Bestehen der Haushaltsstrukturkommission haben wir 191 Maßnahmen umgesetzt. Auf der Agenda stehen noch 137 Maßnahmen, die bis Ende 2015 umgesetzt sein sollen und zu einem großen Teil schon in die Wege geleitet wurden.

Um unseren Maßnahmenkatalog zu verdeutlichen, möchte ich exemplarisch einige Maßnahmen nennen, die nach Beratung der Haushaltsstrukturkommission umgesetzt wurden.

Ein Beispiel ist die Einführung des **Zentralen Gebäudemanagements**, das schon heute bei zahlreichen städtischen Baumaßnahmen involviert ist und auch beim Neubau des Hallenbades einbezogen werden soll. Wir werden das Zentrale Gebäudemanagement jetzt sogar gezielt mit vier neuen Personalstellen stärken – und trotzdem ist das wirtschaftlich! Denn wir können dann etliche Leistungen, die bisher extern vergeben werden mussten, durch eigenes Personal erledigen. Das spart einen mittleren sechsstelligen Betrag im Jahr. Ähnliches planen wir auch beim Tiefbauamt.

Ein weiteres Beispiel ist die Überprüfung des **Versicherungsbestandes**. Die Ausschreibungen wurden durchgeführt und die Angebote werden zurzeit ausgewertet. Fest steht, dass es zu Einsparungen kommen wird.

Bei den **EDV-Kosten** sparen wir jährlich durch eine Deckelung des Budgets und die strenge wirtschaftliche Orientierung bei der Anschaffung neuer Software oder der Durchführung neuer Projekte rund eine halbe Million €.

Externe Gutachten und Planungen werden heute nur noch nach Freigabe durch den Stadtvorstand vergeben. Hier haben wir in den vergangenen Jahren rund 800.000 € eingespart.

Die **Zentralen Dienste** – das heißt unsere Druckerei, unser Boten- und Postdienst sowie unsere Fahrdienste – wurden neu geordnet. Hier werden wir von 2011 bis 2017 rund 890.000 € einsparen.

Zudem werden für unsere Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigte **Grundstücke und Immobilien** zunehmend veräußert.

Viele unsere Maßnahmen betreffen darüber hinaus die **Aufbau- und Ablauforganisation** der Verwaltung und damit die internen Kosten – so wie wir es uns im Eckwertebeschluss vorgenommen haben. Gespart wird hier in der Verwaltung und nicht bei den Bürgerinnen und Bürger.

Im Bereich der Bauaufsicht, des Amtes für Stadtvermessung und Bodenmanagement, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe wurden zum Beispiel Organisationsuntersuchungen durchgeführt. Die Erkenntnisse aus diesen Untersuchungen werden in den kommenden Jahren umgesetzt. Wir werden diese Untersuchungen auch in anderen Ämtern und Aufgabenbereichen fortsetzen.

Dabei haben wir auch immer im Blick: Wie kann die Verwaltung **noch bürgerfreundlicher und dienstleistungsorientierter** werden? Wo können Prozesse für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen verkürzt oder verbessert werden?

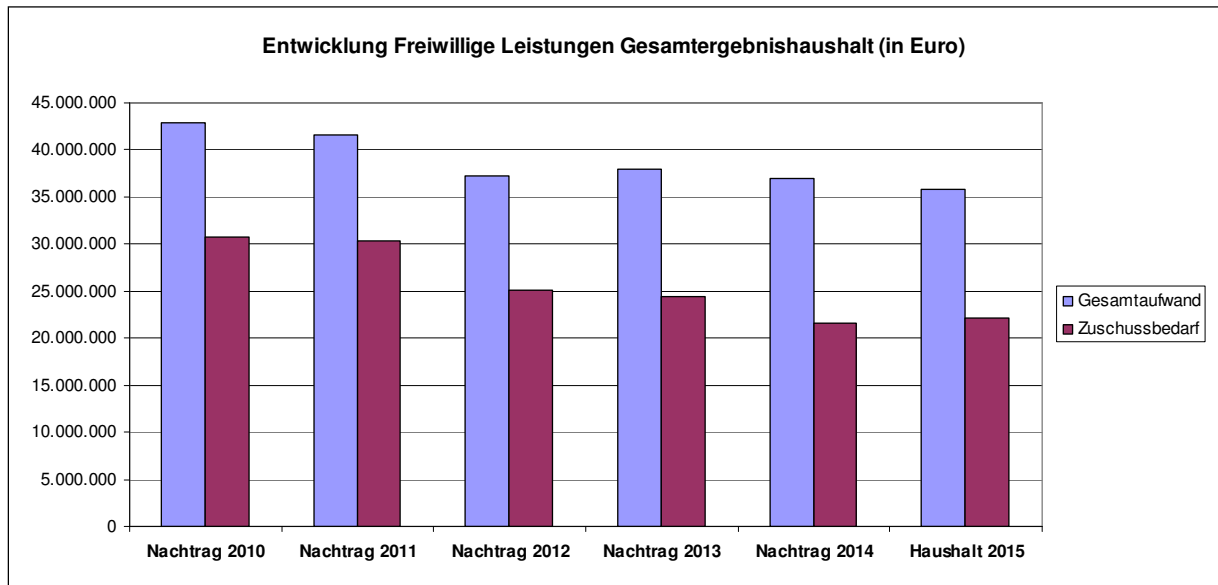
Wir erarbeiten deshalb gerade das Konzept „**Stadtverwaltung 2020**“. Die Organisation unserer Verwaltung wird dabei im Mittelpunkt stehen. Mit dem Konzept wollen wir Kriterien entwickeln, die einen Rahmen für organisatorische Entscheidungen vorgeben. So entsteht ein Leitbild für unsere Organisationsausrichtung und wir werden damit unser bereits bestehendes Personalmanagementkonzept ergänzen.

Wie ich gerade beschrieben habe, haben wir in der Haushaltsstrukturkommission also gezeigt, dass wir in einem gewissen Maße auch in jenen Bereichen Verbesserungen herbeiführen können, deren Ausgaben gesetzlich vorgeschrieben sind – z.B. indem wir Arbeitsabläufe und die Organisation verbessern.

Bei allen Kostenansätzen, die wir sehr viel mehr beeinflussen können, sind unsere Fortschritte aber natürlich sichtbar! Hier werden wir auch in den kommenden Jahren einen zukunftsfähigen Kurs einschlagen.

Besonders gut erkennbar, ist das an unseren sogenannten **freiwilligen Leistungen**:

Diagramm 11



Uns ist es hier gemeinsam in den letzten Jahren gelungen, die **Kosten Schritt für Schritt zu reduzieren**. Das ist gut. Eines ist mir aber besonders wichtig: Wir sparen – aber wir sparen immer mit Bedacht! Bis heute mussten wir **keine Einrichtung** mit Ausnahme des Freibades in Stolzenfels **schließen**. Und das soll auch so bleiben. Wir wollen, dass unsere Stadt lebenswert und lebenswert bleibt und das gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, die hier wohnen oder bei uns zu Gast sind! Deshalb müssen wir auch investieren und konsumtive Mittel für unsere zahlreichen Angebote bereitstellen.

Trotzdem muss es uns gelingen, gleichzeitig zu konsolidieren – und zwar in der Breite und nachhaltig. Ich weiß, das ist eine Gratwanderung und ich wünsche mir, dass wir hier auch zukünftig so erfolgreich wie bisher zusammenarbeiten.

Bei unseren **Personalkosten** ist uns das beispielsweise in den letzten Jahren vorbildlich gelungen: Wir sind mit unseren Personalkosten sorgsam umgegangen und haben unseren Eckwertebeschluss eins zu eins umgesetzt.

In den Jahren 2012 bis 2015 haben wir insgesamt 68,5 bis dahin unbefristete, also fest eingerichtete Stellen eingespart. Darüber hinaus wurden 22,6 befristet eingerichtete Stellen nicht weiter verlängert. Sie sind also wegfallen.

Das sind insgesamt **4,7 Prozent der im Stellenplan 2011 eingerichteten Stellen**. Wir sparen hierdurch rund **4,6 Mio. € pro Jahr**, die wir – wenn wir die Stellen nicht eingespart hätten – jährlich zu veranschlagen und zu verausgaben hätten.

Der Abbau der festen Stellen erfolgt selbstverständlich **sozialverträglich**. Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter verliert seinen Arbeitsplatz – so wie es ja auch in der Dienstvereinbarung mit dem Personalrat geregelt ist.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir mit diesem Personalmanagement auch im Vergleich zu den anderen rheinland-pfälzischen Städten einen sehr ehrgeizigen Weg gehen. Unser Erfolg wird durchaus mit Anerkennung begleitet. Und dass wir das schaffen, liegt bei weitem nicht daran, dass wir zuvor einen höheren Personalbestand hatten, als andere Kommunen. Das belegen Zahlen des Vergleichsrings der KGSt – der Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. Bereits im Jahr 2012 hatten wir im Vergleich zu den Städten Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Trier **die geringsten Personalaufwendungen je Einwohnerinnen und Einwohner**.

Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Haushaltsjahren im Haushaltsvollzug weitere Personalkosten eingespart – etwa durch eine verzögerte Wiederbesetzung freierwerdender Stellen oder indem wir Beförderungen ab einer bestimmten Gehalts- und Besoldungsgruppe erst nach einer gewissen Wartezeit aussprechen. **Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten damit einen sehr großen Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes**.

Trotzdem konnten wir **die hohe Qualität und Kompetenz unserer Verwaltung** aufrecht erhalten und sogar verbessern. Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war das sicher kein einfacher Prozess. Aber alle haben die Herausforderung hervorragend angenommen und ich möchte mich dafür an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken! Und auch ganz ausdrücklich bei unserem Personalrat, der sieht, dass wir das Notwendige gemeinsam tun.

Unser Personal ist aber nicht nur ein Kostenfaktor! Im Gegenteil! Unsere **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unsere wichtigste Ressource**. Nur mit qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann es uns gelingen, die anspruchsvollen Aufgaben unserer Verwaltung zu bewältigen.

Auf der Basis unseres Personalmanagementkonzeptes wird unser Personal deshalb gebunden und gefördert. So wurden von 2012 bis 2014 insgesamt 48 Stellen in der Wertigkeit angehoben und insgesamt 193 **Beförderungen und Höhergruppierungen** ausgesprochen.

Ein gutes **Fortbildungsangebot** und ein funktionierendes **Gesundheitsmanagement** kosten zwar Geld. Das ist aber sehr gut investiert. Auch die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** ist uns wichtig und ich freue mich, dass wir ab Herbst nächsten Jahres für die Kinder unserer Beschäftigten eine Kindergartengruppe einrichten können.

Auch die Nachwuchsgewinnung ist uns wichtig. Wir bieten **jedes Jahr durchschnittlich 30 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz** und können sehr viele auch nach gut bestandener Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis oder Beamtenverhältnis übernehmen.

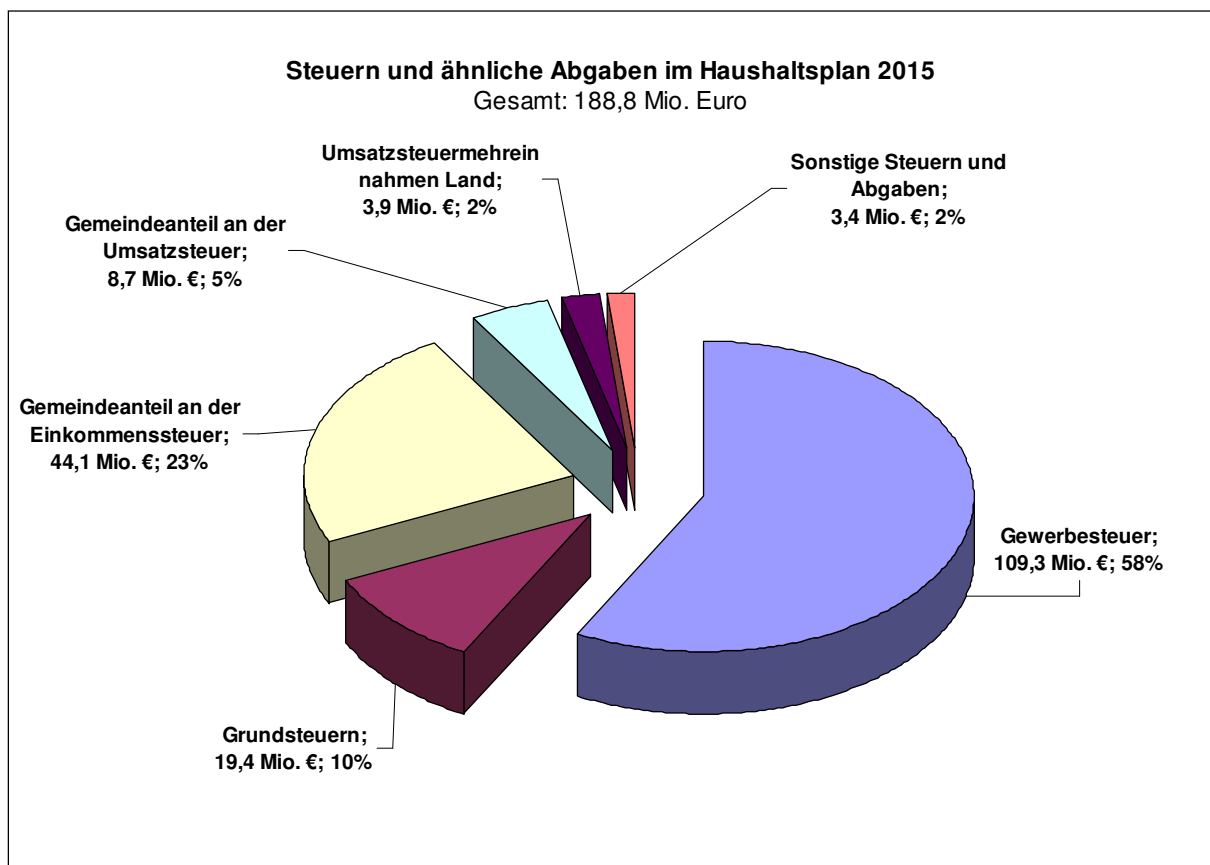
Das zeigt, wir versuchen auch hier den **Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und kompetenter Aufgabenerledigung**. Und ich glaube, das gelingt uns erfolgreich.

b) Unsere Erträge

Kommen wir zu unseren Einnahmen. Wie eben beschrieben, können wir vieles auch hier nur im beschränkten Maße und manche Einnahmen auch gar nicht steuern.

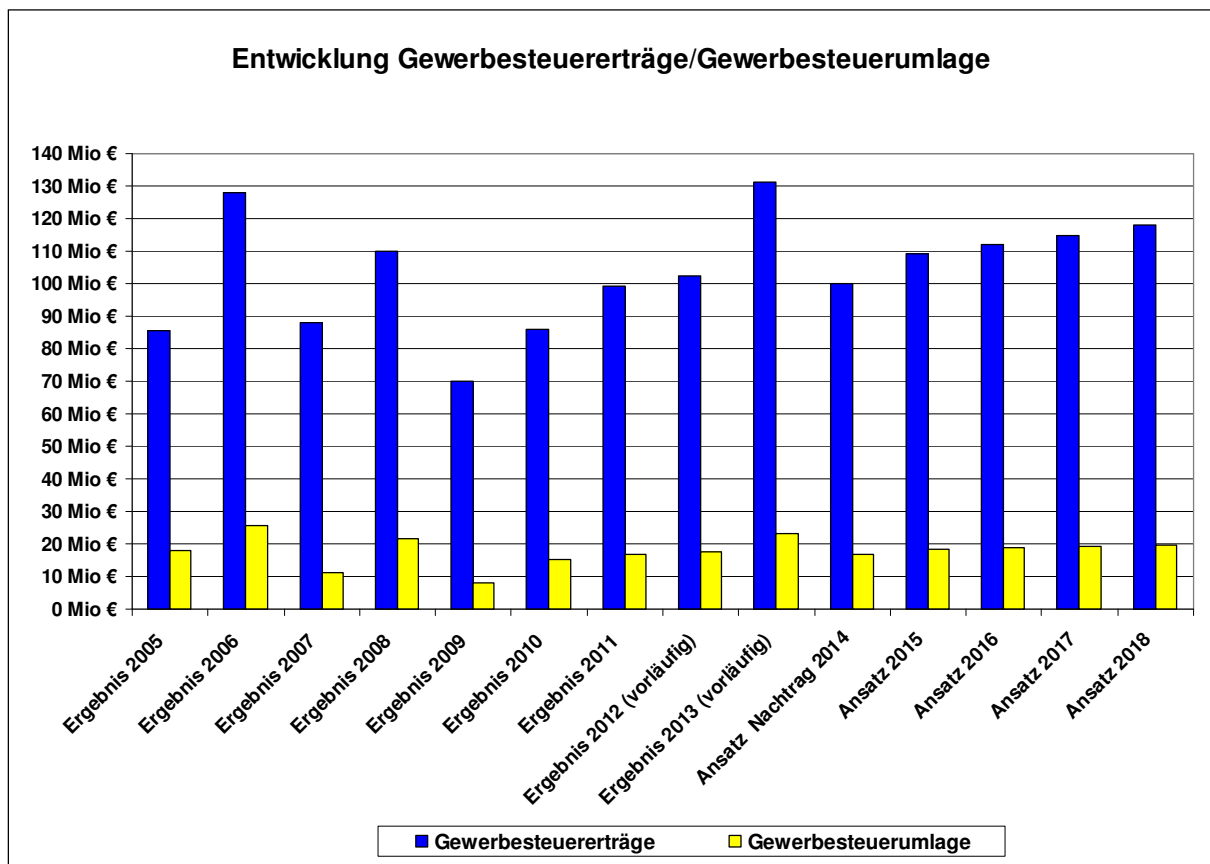
Gut erkennbar ist das am Bereich der Steuern. An Steuern und Abgaben nehmen wir im Jahre 2015 voraussichtlich über 188 Mio. € ein. Der größte Posten davon ist die Gewerbesteuer.

Diagramm 12



Hier müssen wir im Vergleich zum letzten Jahr auf viele Millionen Euro verzichten. Bereits **in diesem Jahr mussten wir mit über 30 Mio. € weniger** auskommen. Aber auch in den nächsten Jahren werden wir voraussichtlich nicht an das starke Ergebnis von 2013 herankommen.

Diagramm 13



Das hat vor allem mit der allgemeinen **Wirtschaftslage** zu tun. Zudem gingen bei uns im Jahr 2013 enorm viele **Nachzahlungen** auf Vorjahre ein. Damit können wir in dieser Höhe in den nächsten Jahren nicht rechnen. Aber konkret vorhersagen, lässt sich das kaum, denn die Berechnung ist kompliziert.

Sie basiert zunächst auf den voraussichtlichen Gesamteinnahmen eines Jahres, dem sogenannten Anordnungssoll. Zu diesem wird eine prozentuale Steigerung hinzuaddiert, die auf der regionalisierten Steuerschätzung beruht. Abschließend erfolgt die voraussichtliche Addition der Nachzahlungen für Altjahre. Da diese jährlich sehr stark schwanken, erfolgt hier eine Durchschnittsberechnung der vergangenen 10 Jahre.

Sie sehen, wir müssen **viel schätzen und prognostizieren**. Und auch wenn wir das sehr konservativ tun, sind erhebliche Schwankungen bei den Gewerbesteuererträgen nicht auszuschließen. Es ist also jedes Jahr aufs Neue **sehr schwer, mit bestimmten Einnahmen fest zu planen**.

Wenn wir von Einnahmen sprechen, sprechen wir aber auch über die Unterstützung von Land und Bund. Das betrifft nicht nur uns, sondern viele Kommunen in Rheinland-Pfalz und im ganzen Bundesgebiet. Die Zuwendungen im Sozialbereich habe ich eben schon angesprochen. Hier ist der Bund gefordert. Wir halten aber z.B. auch **höhere finanzielle Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich** für erforderlich. Hier ist das Land in der Pflicht.

Wir werden deshalb weiter – auch in den Gremien des rheinland-pfälzischen und deutschen Städtetages – für eine dringend benötigte **Entlastung der Kommunen** kämpfen.

Wir waren ja mit einer repräsentativen Delegation des Stadtrates vorige Woche bei der **Mitgliederversammlung des Städtetages Rheinland-Pfalz** in Pirmasens. Sie waren dabei, wie meine Kolleginnen und Kollegen – völlig unabhängig von ihrer politischen Farbe – deutlich betonten, dass **sechs der 20 höchstverschuldeten Kommunen** in Deutschland – gemessen an ihrer Einwohnerzahl – **in Rheinland-Pfalz** liegen, nämlich Kaiserslautern, Mainz, Pirmasens, Ludwigshafen, Trier und Zweibrücken.

Zu denen gehören wir zum Glück nicht. **Wie liegen auf Platz 42**, was auch nicht schön ist. Das geht aus den Vergleichszahlen des Portals HaushaltsSteuerung.de hervor, die im Jahr 2012 erhoben wurden. Der Vergleich zeigt aber, besonders die **Städte in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen sind unterfinanziert** und das muss dringend geändert werden!

Wir selbst – und das können wir mit Fug und Recht betonen – haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht. Auch wenn es schmerzhaft war, haben wir seit 2011 gemeinsam den Mut gehabt, unsere Gebühren und Steuern kontinuierlich anzuheben.

Wir haben gemeinsam die Gewerbesteuer erhöht, die **Vergnügungssteuer** angepasst, die **Parkplatzgebühren** heraufgesetzt, die **Grundsteuer A** und die **Grundsteuer B** erhöht, die **Zweitwohnsitzsteuer** eingeführt und die **Eintrittspreise** zu verschiedenen städtischen Einrichtungen angepasst. Darunter fallen auch die Entgelterhöhungen der Volkshochschule, der Musikschule, des Stadttheaters und des Stadtarchivs im letzten Jahr.

Ich weiß – und das kann ich nicht oft genug betonen – all diese **Einnahmeerhöhungen waren für uns schwierige Entscheidungen** und haben den Koblenzerinnen und Koblenzern einiges abverlangt. Aber es war notwendig, sonst wäre unser Haushaltsdefizit heute noch viel größer.

Insgesamt konnten wir mit all unseren Konsolidierungsrunden im Einnahmen- und Ausgabenbereich, die wir mit der Aufstellung des Haushaltes 2011 begonnen haben, **über 25 Mio. € einsparen**. 25 Mio. €, mit denen unsere Stadt heute höher verschuldet wäre, wenn wir nichts getan hätten. Das ist, wie ich finde, ein echter Erfolg.

Das ist enorm wichtig, um weiterhin **breite Angebote in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung**, etc. machen zu können. Wir können viele freiwillige Leistungen auf dem jetzigen Niveau fortführen und mussten – vom Freibad Stolzenfels einmal abgesehen – haushaltsbedingt bisher keine Einrichtung schließen. Das ist heute – auch im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Städten – sehr viel wert! Und diesen Weg wollen wir auch in Zukunft fortführen.

III. Der Investitionshaushalt

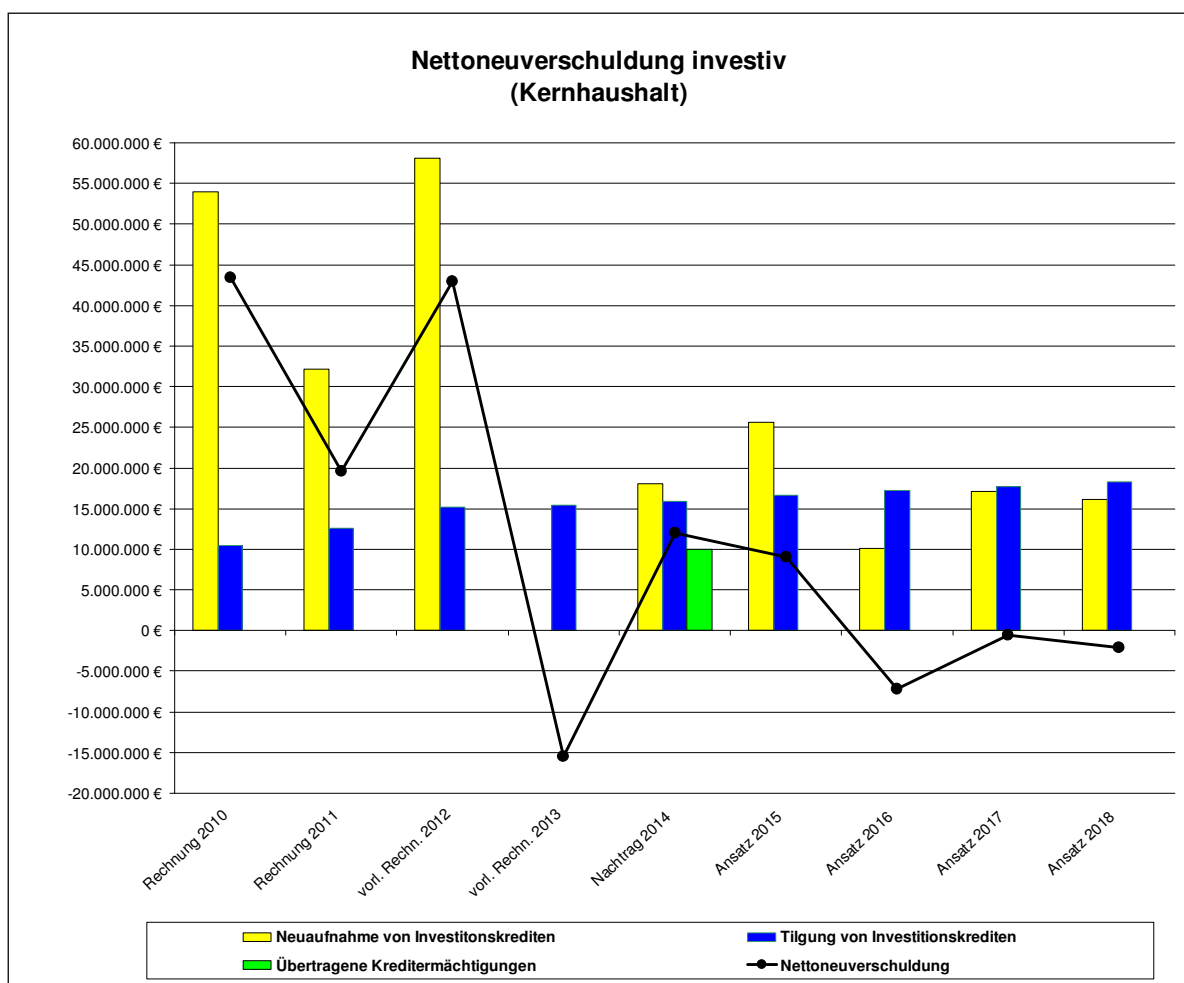
Gegenüber dem konsumtiven Haushalt haben wir hier **andere Steuerungsmöglichkeiten**. Zwar sind wir auch hier zu bestimmten Investitionen verpflichtet: Wir sind Sachkosten- und Schulträger, müssen Kindertageseinrichtungen bereitstellen oder unsere Straßen in Ordnung halten. Wir können aber öfter selbst entscheiden, wann und wie wir solche Investitionen tätigen.

Zudem gibt es einige Bereiche, die wir selbst verantworten. Hier entscheiden wir in Abstimmung mit dem Land, ob Investitionen sinnvoll sind, ob sie der Stadt einen Mehrwert bringen und ob wir sie verantworten können.

Und es gibt einen weiteren Unterschied: Wir können uns hier viel stärker auf das **Engagement von Bund und Land** verlassen.

Das zeigt sich auch in der Entwicklung des Haushaltes. Wir sind hier auf einem hervorragenden Weg.

Diagramm 14



Ab dem Jahr 2016 wollen wir keine neuen Schulden mehr machen und mehr Kredite tilgen als aufnehmen. Das heißt, **ab 2016 bauen wir unsere Schulden im Investitionshaushalt ab.**

Wir profitieren hier vor allem von unserer konsequenten Entscheidung, den **Eckwertebeschluss auch im Investitionshaushalt eins zu eins umzusetzen.** Wir haben nur neue Projekte begonnen, die unabweisbar oder wirtschaftlich waren. Das hat zu der guten Entwicklung im Kreditbedarf geführt.

Wir werden uns auch weiterhin bis 2016 an den Eckwertebeschluss halten und nur in unabweisbare, fortführende oder wirtschaftliche Projekte investieren. Das heißt aber nicht, dass die Entwicklung unserer Stadt darunter leidet. **Auch unter den Bedingungen des Eckwertebeschlusses können wir unsere Stadt nachhaltig weiterentwickeln.**

Dazu zählen in den nächsten Jahren folgende Investitionen:

Ein sehr wichtiges Projekt wird die Umwandlung der **Fritsch-Kaserne** sein. Hier kann ein neues, vielfältiges und hochattraktives Stadtviertel zum Wohnen und Arbeiten entstehen. Das Land wird das Konversionsprojekt mit seinem Förderprogramm „Stadtumbau“ wesentlich unterstützen. Wir können hier für die nächsten Jahre mit einer Förderquote von bis zu 90 Prozent rechnen. Um die Entscheidung vorzubereiten, ob wir das Areal vom Bund kaufen, werden wir in den kommenden Monaten eine Marktanalyse und eine Altlasten- und Bodenuntersuchung durchführen, darauf aufbauend werden wir dann ein aktualisiertes Nutzungskonzept sowie ein Verkehrsgutachten erarbeiten. Mitte des kommenden Jahres wäre dann eine Kaufpreisermittlung in Kooperation mit der BIMA möglich. Wenn dieser Prozess erfolgreich gelingt, können wir die Gründung einer Entwicklungs- und Grundstücksgesellschaft vorbereiten. Mit ihr wollen wir auch die Möglichkeit nutzen, private Projektpartner am Erwerb der Fläche, an der Aufbereitung für eine Bebauung und an ihrer Vermarktung zu beteiligen. Die Bauinvestitionen sollen dann später allein von Privaten und gegebenenfalls unter Beteiligung der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft getätigt werden.

Neben der Neugestaltung der Fritsch-Kaserne hat der **Neubau eines Hallenbades** in den nächsten Jahren für viele Koblenzerinnen und Koblenzer immense Bedeutung. Das gilt für die vielen Schwimm- und Sportbegeisterten, aber auch für unsere Schülerinnen und Schüler und für unsere Vereine. Wir haben uns deshalb auf den Weg gemacht und bereiten ein zukunftsfähiges Finanzierungskonzept vor. Mit den Grundsatzbeschlüssen vom 22. Mai und vom 2. Oktober 2014 haben wir im Stadtrat die Grundsteine für den Neubau eines Sporthallenbades mit abgeschlossenem Saunabereich gelegt. Ein Badneubau bedeutet aber grundsätzlich Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe. Diese Belastungen können in Anbetracht der finanziellen Situation des Kernhaushaltes nicht ohne finanzstarken Partner bewältigt werden. Hier steht nun mit der Stadtwerke Koblenz GmbH ein verlässlicher und investitionsstarker Partner zur Verfügung. Ich freue mich, dass wir dieses Großprojekt in dieser Konstellation realisieren können. Gemeinsam mit den Stadtwerken bereiten wir die Gründung einer Tochtergesellschaft vor und steigen in die konkrete Planung des Neubaus ein. Aber klar ist auch hier: Alles was die Stadtwerke finanzieren, können sie nicht als Dividende an den Kernhaushalt

abführen. Dies belastet dort unser Gesamtergebnis. Trotzdem ist dieser Finanzierungsweg richtig, da er steuerliche Ersparnisse mit sich bringt.

An den beiden Großprojekten Fritsch-Kaserne und Hallenbad sehen wir ganz deutlich, wie wir mit finanzstarken Partnern trotz unserer schwierigen Haushaltslage unsere Stadt weiterentwickeln können.

Bei der Instandsetzung und Modernisierung unserer **Infrastruktur** haben wir ebenfalls finanzstarke Partner: Hier arbeiten wir erfolgreich mit Bund und Land zusammen. Und dafür möchte ich an dieser Stelle auch einmal ausdrücklich danken!

Unsere im **Masterplan Brücken** vorgesehenen Investitionen von 40 bis 50 Mio. € für Brückenbauwerke und sonstige Ingenieurbauwerke haben in den kommenden Jahren besondere Priorität. Wir werden den Masterplan Brücken auch im Jahr 2015 konsequent umsetzen. Die Arbeiten zur Ertüchtigung der Balduinbrücke wurden weitgehend abgeschlossen. Der begonnene Neubau der Vorlandbrücke Lützel, die zur Europabrücke gehört, wird fortgesetzt. Daneben werden die Brücke über die Bahn in der Horchheimer Ravensteynstraße sowie die Fußgängerbrücke über die Bahn in Stolzenfels neu gebaut. Ein besonders großes Projekt wird die Erneuerung der Pfaffendorfer Brücke sein. Wir arbeiten derzeit an dem Bauentwurf und bereiten das notwendige Planfeststellungsverfahren vor.

Dabei möchte ich mich hier einmal bei allen Koblenzerinnen und Koblenzern und den vielen Pendlerinnen und Pendlern bedanken! Sie zeigen für unsere Baumaßnahmen und die damit verbundenen verkehrlichen Herausforderungen großes Verständnis.

Für unsere gute Infrastruktur hat auch der **Bau der Nordtangente** eine große Bedeutung. Hier wird sich das Land in besonderer Weise engagieren. Ursprünglich war vorgesehen, mit dem Bau noch in diesem Jahr zu beginnen. Die Streckenführung wurde jedoch noch einmal umgeplant, was uns aber zugutekommt. Aufgrund des neu hinzugekommenen Streckenabschnittes, der für Koblenz eine direkte Nord-Südverbindung zwischen der B9 und der B 416 gewährleistet, musste zunächst eine komplett neue Straßenplanung erstellt werden. Die bisher angedachten Knotenpunkte mussten ebenfalls umgeplant werden. Wenn der Förderbescheid bis Mai 2015 vorliegt, können wir im Jahr 2015 mit dem Bau beginnen. Darauf freuen wir uns, denn die Nordtangente wird den Stadtteil Metternich wesentlich entlasten und die gute strukturelle Entwicklung der Gewerbegebiete unterstützen. Zudem verbessern wir den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit deutlich. Denn wir müssen uns immer eines vor Augen halten: Eine moderne und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist für die Lebensqualität in unserer Stadt von entscheidender Bedeutung und die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung.

Insgesamt werden wir in die Instandhaltung und Entwicklung unserer **Straßen** im kommenden Jahr über 3,4 Mio. € investieren. Mit Hilfe des sich im Aufbau befindlichen Straßeninformationssystems werden wir auch hier einen entsprechenden Masterplan erarbeiten. Damit werden wir dann ein wirtschaftliches und bedarfsgerechtes Erhaltungsmanagement für die Verkehrsinfrastruktur der Stadt ermöglichen

Das Engagement von Bund und Land zeigt sich aber auch in der **Städtebauförderung**. Das Land hat hier unter Einbeziehung von Komplementärmitteln des Bundes ein Förderprogramm zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung in den rheinland-pfälzischen Oberzentren auf den Weg gebracht. Bis 2017 können zuwendungsfähigen Kosten mit einer erhöhten Förderquote von 90 Prozent bezuschusst werden. Die für Koblenz vorgesehene Gesamtförderung beträgt dabei bis zu 16 Mio. €. Das ist ein großer Betrag und ich möchte mich an dieser Stelle gerne für die Initiative bedanken.

Äußerst zügig und zielorientiert haben Rat und Verwaltung daraufhin gemeinsam für Koblenz Handlungsschwerpunkte definiert und grundsätzlich beschlossen. Im Rahmen der bereits in Koblenz ausgewiesenen Fördergebiete handelt es sich um das Fördergebiet Lützel und das Fördergebiet Aktive Innenstadt. Neu ausgewiesene Fördergebiete sind die Fritsch-Kaserne, Bereiche im Stadtteil Neuendorf und der Raualentaler Moselbogen.

Und wenn wir schon einmal dabei sind, Bund und Land zu loben, möchte ich auch das aktuelle **Welterbeförderprogramm** des Bundes nicht unerwähnt lassen. Wir werden heute im Stadtrat entscheiden, ob wir daran teilnehmen und unsere Großfestung weiter für die Öffentlichkeit und den Tourismus erschließen. Wir haben mit dem Förderprogramm die einmalige Möglichkeit, Teile unserer Festungsanlagen wie die Feste Franz und das Fort Asterstein besser zugänglich und erlebbar zu machen sowie sie untereinander, mit der Innenstadt und den Rheinanlagen besser zu verknüpfen. 90 Prozent dieser Maßnahmen können vom Bund gefördert werden. Möglich ist eine Investitionssumme von bis zu 5. Mio. €. Für den Tourismus, die kulturelle Erlebbarkeit und die Verbesserung der grünen Infrastruktur unserer Stadt ist das eine große Chance.

Neben der Infrastruktur und der Stadtentwicklung genießen unsere Schulen eine besondere Priorität. Unsere Schülerinnen und Schüler haben in Koblenz sehr gute Lernbedingungen und dieses vielfältige Angebot wollen wir weiter aufrechterhalten und ausbauen. Wie im **Masterplan Schulen** festgelegt, werden wir deshalb auch zukünftig jährlich 7 Mio. € bereitstellen. Dazu kommen noch entsprechende Fördermittel. Im Jahr 2015 betragen die Gesamtmittel rund 10 Mio. €. Wir werden damit fünf weitere naturwissenschaftliche Räume am Görres-Gymnasium, in der Clemens-Brentano/ Overberg Realschule Plus und in der Realschule Plus auf der Karthause realisieren. Zudem sind Brandschutzsanierungen in den Grundschulen Schenkendorf, Neukarthause, Kesselheim, Lay und Pfaffendorfer Höhe sowie am Gymnasium auf der Karthause geplant. Mit der Generalsanierung des Hilda- und des Eichendorff-Gymnasiums wollen wir im nächsten Jahr ebenfalls beginnen. Diese Auflistung zeigt, wie vielfältig und kostenintensiv wir in unsere Bildungslandschaft investieren. Darüber hinaus ist der Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau Bestandteil des Masterplans. Wir nehmen dafür jährlich über 3,5 Mio. € in die Hand. Hier sind für das kommende Jahr insbesondere die Fenster- und Fassadensanierungen an der Grundschule Rübenach und der Realschule Plus auf der Karthause geplant.

Ein großes und wichtiges Projekt wird zudem noch in diesem Jahr fertig. Unser **neuer Betriebshof** kann voraussichtlich ab Dezember bezogen werden. Die Koblenzerinnen und Koblenzer werden dann im neuen Jahr von einem neuen

Wertstoffhof, effizienteren Abläufen und einem noch besseren Service profitieren. Erfreulich ist, dass es uns auch hier gelungen ist, das Projekt im Budgetplan abzuschließen.

Zum Schluss möchte ich noch zwei Projekte nennen, die zwar nicht mit Mitteln unseres Haushaltes finanziert werden, die für die Stadt aber trotzdem große Bedeutung haben.

Zum einen werden wir nach der **Fusion unseres Gemeinschaftsklinikums mit dem Stiftungsklinikum** in beide Koblenzer Krankenhäuser rund 75 Mio. € investieren. 60 Mio. € wird das Land für Sanierung und Neubau bereitstellen. Wir garantieren damit eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung, sichern viele Arbeitsplätze und etablieren uns als starker Standort der Gesundheitswirtschaft. Damit kommt die Fusion besonders uns Koblenzerinnen und Koblenzern zugute. Wir müssen aber das Großprojekt professionell steuern und kontrollieren, damit wir keine bösen Überraschungen erleben.

Zum zweiten wird am 1. März 2015 das neue **Tierheim** endgültig bezugsfertig sein. Dann können die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder unter zumutbaren Bedingungen arbeiten und alle Tiere würdig untergebracht werden.

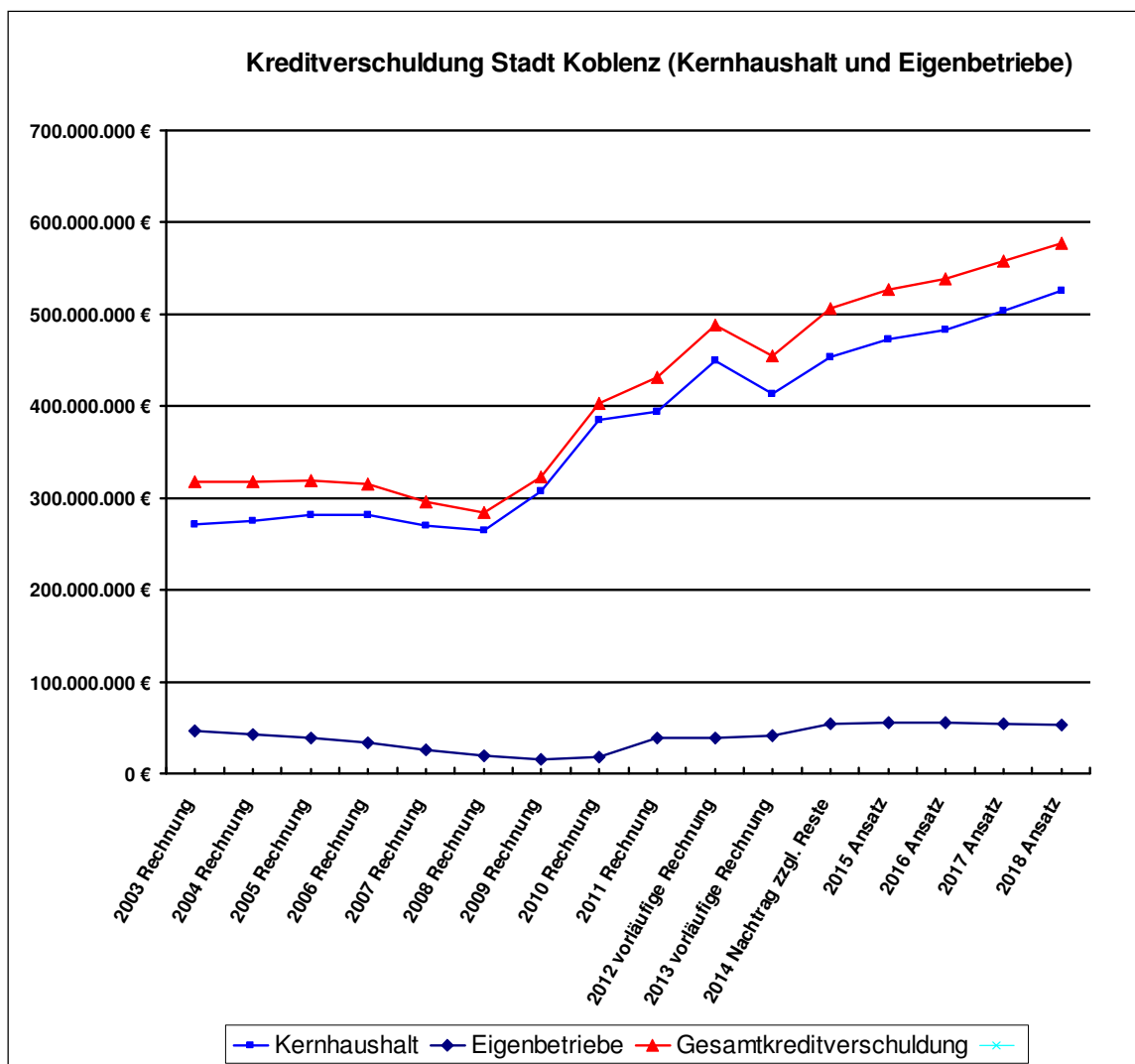
IV. Haushaltskonsolidierung als Zukunftsaufgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe deutlich gemacht, dass wir in vielen Bereichen unseren Haushalt auf einen guten Weg gebracht haben, viele Haushaltsansätze aber nur sehr beschränkt oder gar nicht steuern können. Das darf jedoch nicht heißen, dass wir jetzt aufhören und den Weg der Konsolidierung verlassen. Im Gegenteil: Wir haben Verantwortung für die Generationen, die nach uns kommen. Wir haben aber auch Verantwortung für unsere Generation, denn wir haben heute schon **Gesamtschulden von über 500 Mio. €**.

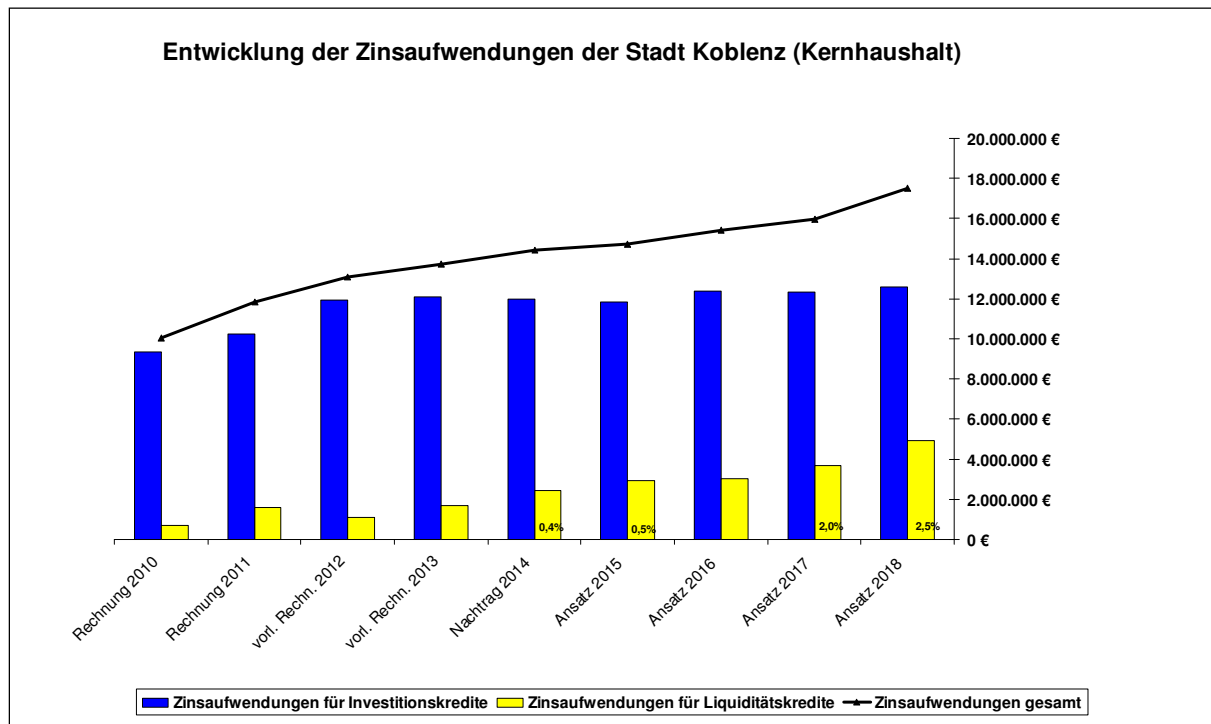
Und wie die folgende Grafik zeigt, **wird die Verschuldung weiter ansteigen, wenn wir nichts tun**. Nur mit weiteren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen können wir die steigende Verschuldung bremsen. Dazu müssen sich auch Bund und Land viel stärker engagieren. Nur zusammen kann es gelingen, die steigende Verschuldung zu stoppen oder gar zurückzuführen.

Diagramm 15



Das gilt auch für unsere Zinsen. Zurzeit müssen wir über **14,4 Mio. € an Zinsen** aufwenden – und das in einer Niedrigzinsphase.

Diagramm 16



Sollten die Zinsen auch nur um zwei Prozentpunkte steigen, müssten wir im Jahr 2015 über 1 Mio. € mehr zahlen. Im Jahr 2016 wären es bereits über 2,6 Mio. €. 2,6 Mio. €, die wir nicht in Straßen oder Brücken, in Bildung, Kultur, Sport oder einen anderen wichtigen Bereich investieren könnten. Wir müssen uns dessen immer bewusst sein. Umso mehr Schulden wir haben, desto weniger Geld haben wir für wichtige städtische Aufgaben. Und das schlimmste ist: Wenn wir zur Finanzierung der Zinsen neue Schulden machen.

Deshalb werbe ich dafür, dass wir unseren Weg der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Ich werde mich deshalb für einen neuen **Eckwertebeschluss ab 2016** einsetzen. Selbstverständlich wird dieser Eckwertebeschluss dann einen anderen Charakter haben müssen als heute.

Wir werden auch weiterhin unsere **Verwaltungsabläufe und Arbeitsprozesse** überprüfen und verbessern. Und auch unsere **Ausgaben insgesamt** müssen weiter auf den Prüfstand. Daneben werden wir aber auch über eine **Erhöhung von Steuern und Gebühren** nachdenken müssen.

Ich weiß, dass das für alle Beteiligten, für den Stadtrat und für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine schwierige Entscheidung ist. Sie muss verhältnismäßig bleiben und sie darf ihre Wirkung nicht ins Gegenteil verkehren. Das müssen wir alles bedenken. Wir wissen aber auch, dass wir nur mit einem **Maßnahmenpaket** – mit der **Verringerung unserer Ausgaben und der Erhöhung unserer Einnahmen**

– unserem Ziel eines Schuldenabbaus näher kommen. Das haben die Zahlen heute deutlich gezeigt.

Die Zahlen haben aber auch gezeigt, dass wir den **Bund und das Land weiter in die Pflicht nehmen** müssen. Beide müssen die Kommunen – nicht nur Koblenz – mehr unterstützen! Solange die Sozialkosten weiter steigen und die Pflichtaufgaben der Kommunen weiter zunehmen, müssen Bund und Land auch Wege der Finanzierung finden.

All das heißt aber nicht, dass wir nicht **gleichzeitig unsere schöne Stadt weiterentwickeln** und die Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger immer im Fokus steht. Wir haben mit unseren strategischen Zielen gezeigt, wo wir in den kommenden Jahren Prioritäten setzen wollen.

Koblenz ist und bleibt eine wirtschaftlich starke Stadt, ein attraktiver Bildungsstandort, eine soziale Stadt und offen für alle Generationen, eine Stadt mit einer zukunftsfähigen Infrastruktur zwischen Tradition und Moderne, eine Stadt der Kultur und des Sports mit hoher Lebensqualität, eine ökologisch verantwortungsvolle Stadt, eine Stadt mit einer bürger- und dienstleistungsorientierten Verwaltung und eine Stadt mit einem zukunftsfähigen Haushalt.

Ich freue mich, mit Ihnen zusammen Koblenz in diesem Sinne weiter zu gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!